

SWR2 Wissen

Die Ölkrise 1973 - Als Energie knapp und politisch wurde

Von Rainer Volk

Sendung vom: Freitag, 24. November 2023, 08.30 Uhr

Redaktion: Sonja Striegl

Regie: Autorenproduktion

Produktion: SWR 2023

Die autofreien Sonntage sind Sinnbild der Ölkrise Ende 1973. Der Schock, nicht genug Energie zu haben, saß tief. In der Folge setzte Deutschland auf Atomstrom und Russland als Gaslieferant.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Musik: Oil and power (blenden, unter OT 2 – Erzähler – OT 3 – OT 4 halten)

O-Ton 01, Willy Brandt:

Zum ersten Mal seit dem Ende des Krieges wird sich morgen und an den folgenden Sonntagen vor Weihnachten unser Land in eine Fußgängerzone verwandeln.

Autor:

November 1973. Bundeskanzler Willy Brandt erklärt im Fernsehen, was ein Sonntagsfahrverbot bedeutet. Es folgen Wochen, die im Gedächtnis bleiben.

O-Ton 02, Collage / Reportagen 73 / Arndt:

Die Autobahnkreuze unseres Landes wurden zu einem Idyll, zu einer von Sonntagsausflüglern bestaunten Kuriosität. // Die autofreien Sonntage sind die Ikone der Ölkrise geworden.

Sprecherin Ansage:

„Die Ölkrise 1973 – Als Energie knapp und politisch wurde“ – Von Rainer Volk.

Autor:

Fahrverbote und Tempolimit gab es vorher noch nie in Deutschland. Die Maßnahmen sind Folgen des so genannten Jom-Kippur-Kriegs zwischen Israel und seinen Nachbarländern. Da der Westen Israel mit Waffen unterstützt, drohen ihm die arabischen Öl-Förderstaaten, weniger Rohöl zu liefern. Die Deutschen haben Angst vor einem kalten Winter ohne Heizungen.

O-Ton 03, Umfrage:

Ich werde versuchen, mit Kohle zu heizen, wenn Not am Mann ist. // Solange wir noch Elektrizität haben, nehmen wir vielleicht mal so einen kleinen Heizofen.

Autor:

Zwar verfliegen diese Sorgen bald. Doch hat die Ölkrise erhebliche Folgen: Höhere Ölpreise, Inflation, Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung erkennt, wie fatal die Abhängigkeit vom Rohöl war. Die Ölkrise wird zur Geburtsstunde moderner Energiepolitik, sagt der Zeithistoriker Professor Rüdiger Graf:

O-Ton 04, Dr. Rüdiger Graf:

Es wird eben in den 70er-Jahren deutlich, dass das Funktionieren moderner Volkswirtschaften ganz essenziell von einer stabilen Energieversorgung abhängt.

O-Ton 05, Geräusch Ölbohrturm, Ölfeld (wegziehen unter Erzähler)

Autor:

So klingt ein Ölfeld im Nahen Osten Anfang der 1970er-Jahre. Unentwegt klicken die Förder-Pumpen, die so aussehen wie Pferdeköpfe aus Stahl. Denn die Wirtschaft der großen Industriestaaten boomt. Wie für die meisten Menschen in der westlichen Welt

ist es auch für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit, dass es genug Erdöl gibt, damit Fabriken produzieren, Autos fahren und Heizungen warm werden können. In Jahrzehnten, in denen die Wirtschaft fast ununterbrochen gewachsen ist, haben sie Fernseher und Kühlschränke angeschafft. Autos sind auch ein Statussymbol:

Sprecherin:

Das Auto ist ein Stück Freiheit. Das Auto macht seinen Besitzer in nie gekanntem Maße zum Herrn über Raum und Zeit. Es gibt ihm die Freiheit zu entscheiden, wann und wohin die Reise geht.

Autor:

So wirbt VW noch Anfang Oktober 1973 in ganzseitigen Zeitungsanzeigen. Dass sich die Öl-Einfuhren in den 1960er-Jahren vervierfacht haben und 90 Prozent der Importe aus dem Nahen Osten kommen, ist öffentlich kein Thema.

O-Ton 06, Rüdiger Graf:

Das Öl löst in den westlichen Industrienationen die Kohle als wichtigsten Energieträger ab. Also so, über den Daumen gepeilt, Mitte der 50er-Jahre macht die Kohle noch Dreiviertel des Energieverbrauchs aus. Anfang der 70er-Jahre sind das nur noch ein Viertel.

Autor:

Der Wirtschaftshistoriker Rüdiger Graf beschreibt die Abkehr von der Kohle als wichtigster Energie-Ressource für Deutschland. Graf hat am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen zur Energiepolitik des Westens in den 1970er-Jahren geforscht. Er erinnert daran: Die arabischen Länder hatten bereits 1967 im so genannten „Sechs-Tage-Krieg“ versucht, einen Ölboykott zu organisieren – der allerdings keinen Erfolg hat.

O-Ton 07, Rüdiger Graf:

Weil die Vereinigten Staaten gleichzeitig zusätzlich Öl produzieren können. Also die amerikanischen Ölfelder produzieren nicht am Limit. Und das heißt im Fall von Versorgungsengpässen könnten die Amerikaner die Europäer mit Öl unterstützen.

Autor:

1973 aber hat sich durch den enormen Energiehunger des Westens die Lage verändert. Experten wissen das. Deshalb setzt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, die wichtige globale Wirtschaftsprobleme behandelt, die drohenden Engpässe bei der Ölversorgung auf die Tagesordnung ihrer Sitzungen, erzählt Rüdiger Graf.

O-Ton 08, Rüdiger Graf:

Und die amerikanischen Delegierten in der OECD sagen ihren europäischen Kollegen: Wenn's jetzt zu Lieferausfällen kommt, konkurrieren wir mit Euch um das Öl aus der Golfregion. Und das ist der Moment, wo im Grunde eine neue Problemwahrnehmung entsteht. Und wo sowohl in den USA eine neue Energiepolitik

entwickelt wird als auch die europäischen Länder versuchen, neue energiepolitische Strategien zu entwickeln.

Autor:

So erarbeiten auch Fachleute in den Bonner Ministerien ein erstes Energieprogramm für die Bundesrepublik. Es wird wenige Tage vor jenem 6. Oktober 1973 fertig, an dem Truppen aus Ägypten und Syrien Israel angreifen:

O-Ton 09, israelische Radio-Nachrichten, Jingle, Nachrichtensprecher hebräisch zu Angriff (auf Regiezeichen blenden, unter Erzähler wegziehen)

Autor:

Bei Kriegsbeginn – hier der Moment, an dem die Nachricht im israelischen Radio verlesen wird – berufen die Staaten der Organisation der erdölexportierenden Staaten Arabiens, kurz OAPEC, eine Konferenz ein und beschließen ein Ölembargo. Es wird am 17. Oktober 1973 verkündet. Eine Koalition aus sieben arabischen Staaten, darunter Saudi-Arabien und Kuwait, droht den westlichen Industrieländern, die Israel unterstützen, pro Monat fünf Prozent weniger Rohöl zu liefern; so lange bis Israel die im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebiete geräumt hat. Selbst Experten werden überrascht von diesem Schritt. Daher hält sich bis heute in Deutschland die Ansicht, das Land sei bis zur Ölkrise bei den Themen Energieverschwendung und Umweltschäden blind gewesen. Falsch, sagt die Umwelthistorikerin Melanie Arndt, Professorin an der Uni Freiburg.

O-Ton 10, Prof. Melanie Arndt:

Also ich würde sagen, institutionell war man bereits viel weiter, auch als man es heute erinnert. Wir haben diese Kommission Umwelt. Wir haben – mit der FDP als Vorreiterin – Umweltschutz als Politikfeld verankert. Das passiert ja alles bereits vor der Ölkrise.

Autor:

Trotzdem fehlt es der Bundesregierung zunächst an Möglichkeiten zu handeln. Die Energiepolitik war bis dahin liberal – den Preis für Benzin, Diesel und Heizöl sollten Angebot und Nachfrage bestimmen, war die Überzeugung. Also hamstern viele Autofahrer nach dem angekündigten Boykott an den Tankstellen Sprit in Kanistern. Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs von der FDP mahnt.

O-Ton 11, Hans Friderichs, FDP:

An die Verbraucher ist nach wie vor der Appell zu richten, nicht durch panikartiges Verhalten selbst zu ungerechtfertigten Preissteigerungen beizutragen. Im Übrigen habe ich das Bundeskartellamt gebeten, die Lage auf dem Mineralölmarkt in diesen Tagen mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Autor:

Die Bundesregierung weiß genau, dass die Lage sich bald verschlechtern wird. Zwar werden jene Tanker noch ankommen, die im Oktober mit Öl vom Persischen Golf nach Europa abgelegt haben. Für Schiffe, die im November und Dezember beladen

werden sollten, gilt das nicht. Dazu kommt als weiterer Risiko-Kandidat Libyen, erklärt Rüdiger Graf.

O-Ton 12, Rüdiger Graf:

Was 'ne enorme Verunsicherung auslöst, ist, dass man nicht richtig weiß, wie sich Libyen verhalten wird. Die Bundesrepublik Deutschland bezieht zu dem Zeitpunkt etwa ein Fünftel des Öls aus Libyen. Und Gaddafi spielt damit, diese Lieferung ganz plötzlich einzustellen. Und das hätte dramatische Veränderungen in Wochenfrist bedeutet. Und vor dem Hintergrund ist das schon eine Gefährdungskonstellation.

Autor:

Hinter den Bonner Kulissen wird daher hektisch gearbeitet. Doch es vergehen etwa drei Wochen, ehe die notwendigen Gesetzesparagrafen formuliert sind, um auf die schwindenden Importe vom Persischen Golf reagieren zu können. In dieser Zeit sorgen sich die Menschen zunehmend, dass im anstehenden Winter Heizungen kalt und Autos stehenbleiben könnten. Anfang November 1973 fragt ein Reporter des Südwestfunks Passanten, ob und wie sie sich auf mögliche Einschränkungen vorbereiten:

O-Ton 13, Umfrage Baden-Baden:

Ja – natürlich bin ich jetzt schon dabei, meine Temperaturen zu senken in meinem Wohnbereich. // Ich bin selbständiger Handelsvertreter. Wenn es kein Benzin mehr gibt, können wir halt nicht fahren. // Da bleib' ich zuhause und friere. // Ja, ich werde das Öl sparen und werde versuchen, mit Kohle zu heizen, wenn Not am Mann ist. // Solange wir noch Elektrizität haben, nehmen wir vielleicht mal so einen kleinen Heizofen. Und ich hab' im Bett eine Heizdecke – so werden wir uns zunächst mal behelfen.

Autor:

Am 9. November 1973 stimmt der Bundestag mit breiter Mehrheit für das Energiesicherungsgesetz der Bundesregierung. Es ist die Voraussetzung, um Einschränkungen im Handel mit Öl und Kohle zu verfügen, und ermöglicht auch einen Erlass über Fahrverbote für Privatautos. Die entscheidende Passage ist bewusst offen formuliert:

Sprecherin:

Die Benutzung von Motorfahrzeugen aller Art kann nach Ort, Zeit, Strecke, Geschwindigkeit und Benutzerkreis sowie Erforderlichkeit der Benutzung eingeschränkt werden.

Autor:

Aus Sicht der Bundesregierung ist es höchste Zeit. Die Ölvorräte im Land schwinden rasch – und es geht nicht nur um die Temperaturen in Häusern und Gebäuden, sondern auch um Arbeitsplätze. Die Chemieindustrie zum Beispiel kann ohne Rohöl als Grundstoff nicht produzieren. Der Sprecher der Bundesregierung, Armin Grünwald, orakelt Anfang November vor der Bonner Presse:

O-Ton 14, Armin Grünewald:

In augenblicklicher Sicht ergibt sich eine erste, spürbare Versorgungslücke für den Monat Dezember. Und es ist in der Tat nicht auszuschließen, je nachdem wie die Verbraucher von Erdölprodukten sich verhalten, dass eine derartige Verordnung mit einem begrenzten Fahrverbot, etwa Sonntagsfahrverbot, erlassen werden muss.

Autor:

Drohungen sind in Krisenzeiten jedoch schwierig. Besser ist, die politische Führung suggeriert, am Ende werde „alles gut“, wenn man solidarisch ist und kleine Opfer bringt. Willy Brandt weiß, dass 82 Prozent der Bundesdeutschen ein Sonntagsfahrverbot befürworten, das hat eine aktuelle Umfrage ergeben. Um diese hohe Zustimmung nicht aufs Spiel zu setzen, spricht der Kanzler am Samstag, 24. November 1973, bildlich von einer „Fußgängerzone“ – denn die sind in vielen deutschen Städten gerade modern:

O-Ton 15, Willy Brandt:

Zum ersten Mal seit dem Ende des Krieges wird sich morgen und an den folgenden Sonntagen vor Weihnachten unser Land in eine Fußgängerzone verwandeln. Die junge Generation erlebt zum ersten Mal, was ein gewisser Mangel bedeuten kann. Aber ich bin überzeugt, die Jungen und die Älteren werden miteinander zeigen, was Solidarität ist und was Erfindergeist bewirken kann.

Autor:

Wenn man so will, enttäuschen die Bundesbürger den Kanzler an diesem historischen letzten November-Sonntag nicht. Es ist der erste von vier autofreien Sonntagen in Deutschland. Straßenkreuzungen, über die sonst jahrein, jahraus der Verkehr rauscht, sind still.

O-Ton 16, Reportage SWF, Archiv:

Morgen! – Morgen!. Ha – da ist der Kollege – (lacht) – Ja, der macht's für den „Süddeutschen“ – Ah... **(blenden, unter Erzähler langsam verlieren)**

Autor:

Enttäuscht sind hingegen Fotografen, Kameralleute und Radio-Reporter. Sie berichten, Verstöße gegen das Verbot gebe es kaum, interviewen Radfahrer, Spaziergänger, Taxifahrer – und erzählen von menschenleeren Straßen.

O-Ton 17, Reportage, Archiv:

Die Autobahnkreuze unseres Landes wurden zum Idyll, zu einer von Sonntagsausflüglern bestaunten Kuriosität. // Zwei Collies und ihr Herrchen, die hier beide Fahrbahnen der Bundesautobahn kurz vor der Rurtalbrücke überschreiten, dienen zwar der Idylle – erlaubt ist das alles gar nicht. // Bis in die Abendstunden 15 Autos, die in die Niederlande fuhren – oder von dort kamen. Die Grenzbeamten zogen sich nach jeder Abfertigung zu einer Schachpartie zurück und hatten vorsorglich die Fahrbahnen gleich abgesperrt.

O-Ton 18, Geräusch Raketen / MG-Feuer – Jom-Kippur-Krieg:

(blenden – unter Erzähler langsam wegziehen)

Autor:

Der Jom-Kippur-Krieg ist an jenem Sonntag, den 25. November 1973, bereits vorbei. Die Großmächte haben vier Wochen zuvor erfolgreich ihren Druck auf alle Konfliktparteien verstärkt, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die USA und die Sowjetunion fürchten nämlich, die Panzerschlachten, Raketen-Einschläge und Maschinengewehr-Salven könnten ihre Entspannungspolitik gefährden. Doch die Waffenruhe beendet das Tauziehen um den Rohöl-Nachschub nicht. Die arabischen Ölförderländer bleiben bei ihrer Forderung, Israel müsse sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Auch deshalb die Sonntagsfahrverbote, das Schmieden weiterer Notfall-Pläne und die diplomatischen Floskeln, die die Machthaber in Arabien besänftigen sollen. Eine Kostprobe dieser Kunst liefert Außenminister Walter Scheel Anfang Dezember 1973 nach Gesprächen mit Außenministern aus der Region.

O-Ton 19, Walter Scheel, Außenminister:

Ich glaube, dass die arabischen Länder sehr wohl auseinanderhalten: Den Nahostkonflikt und die Möglichkeiten, mit Ölpolitik darauf einzuwirken. Und eine langfristige Politik der Nutzung ihrer natürlichen Bodenschätze auch im eigenen Interesse. Aber: Langfristige Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und ölproduzierenden Ländern hat keine direkte Wirkung auf die augenblicklichen Versorgungskrisen.

Musikakzent „Oil & Power“

Autor:

Hört man im Rückblick die Erzählungen von den leeren Autobahnen im Advent 1973, könnte man glauben, das Ganze sei eine Art Happening oder romantisches Abenteuer gewesen. Auch wenn das Ziel der Bundesregierung, den Ölverbrauch um 15 Prozent zu verringern, bei weitem nicht erreicht wird, gelten die Sonntagsfahrverbote bei den meisten, die sie miterlebt haben, damals wie heute als Erfolg. So die Einschätzung der Freiburger Umwelthistorikerin Melanie Arndt:

O-Ton 20, Melanie Arndt:

Die autofreien Sonntage sind die Ikone der Ölkrise geworden. Also das sind die Bilder, woran sich Menschen erinnern. Warum sie sich, glaube ich, auch mehr an die Ölkrise '73 als an die '79 erinnern. Weil es eben dort nicht diese klassischen autofreien Sonntage gegeben hat, wo man eben die Autobahn für sich reklamieren konnte. Aber wenn man sich das jetzt ganz faktisch anguckt, was dort an Energie eingespart wurde, hatte das natürlich einen symbolischen Charakter.

Autor:

Ähnlich liegt der Fall bei weiteren Sparbemühungen, die im November 1973 verkündet werden. So schreibt ein Erlass des Bundeskanzleramts Beamten und Angestellten in den Bonner Ministerien vor, Dienstfahrten mit Behördenautos nur zu unternehmen, wenn dies nicht mit Bus oder Bahn möglich ist. Auch soll es in den Amtsstuben nicht mehr mollig warm sein.

Sprecherin:

Erstens: Die Heizung in Dienstgebäuden ist während des Tages so einzustellen, dass die Temperatur bei etwa 20 Grad Celsius liegt. Zweitens: Während der

Nachtzeit, an Wochenenden und Feiertagen ist die Heizung so zu drosseln, dass insgesamt möglichst wenig Energie verbraucht wird. Drittens: Die Fenster sind, bis auf kurze Durchlüftungen, geschlossen zu halten. Viertens: Die Temperatur in zeitweilig nicht benutzten Diensträumen – bei Dienstreisen und Urlaub – ist entsprechend den technischen Möglichkeiten auf ein Minimum herabzusetzen. Fünftens: Für eine optimale Einstellung der Brenner und eine laufende Reinigung der Heizkessel ist Sorge zu tragen.

Autor:

Auch mit Zeitungsanzeigen und sogar per Briefmarke animiert die Regierung die Bundesbürger, weniger Kohle und Öl zu verbrauchen. Beim „Energie-Fasten“ sollen bekannte Tricks Erfolg bringen: Licht aus, wenn man ein Zimmer verlässt oder das Herunterdrehen des Thermostats. Weil die Mächtigen wissen, dass das langfristig nicht reicht, gründen sie bereits in der Ölkrise Experten-Gremien. Viele der Ideen, die die Sachverständigen haben, vertrauen auf technische Fortschritte. Kein Wunder, sagt die Umwelthistorikerin Melanie Arndt. Die 1970er-Jahre seien eine Ära, in der die Welt noch an Erfindungen und Technik geglaubt habe.

O-Ton 21, Melanie Arndt:

Es herrscht eben auch so ein ganz starker Technikoptimismus, den wir ja heute auch immer noch haben, wenn wir uns anschauen, was alles mit KI gelöst werden soll. Auf der einen Seite war das, glaube ich, durchaus auch etwas, was man als Strategie gesehen hat. Okay – wir versachlichen den Diskurs, indem wir eben davon sprechen, dass die Technik das Problem lösen wird. Und gleichzeitig, glaube ich, wirklich, insbesondere auf der Ebene dieser Sachverständigenräte, eben wirklich dieser Technikoptimismus sehr stark war.

Autor:

Minister und Experten sehen die Ölkrise zugleich als Warnung: Dass es naiv war, sich von Potentaten in der arabischen Welt abhängig zu machen und dass in der Energiepolitik Reformen nötig sind. Man fürchtet, dass beim nächsten Mal auch die Industrieproduktion eingeschränkt werden muss – und strenge Rationierungen für Privatverbraucher kommen müssen, wie sie andere Länder eingeführt haben. Die Bundesregierung beschließt einen Plan, der auf einem Mix aus alten und neuen Energiequellen beruht. Rüdiger Graf erklärt die Grundlinien:

O-Ton 22, Rüdiger Graf:

Es gibt eine kurze Renaissance der Kohle – die erweist sich aber als nicht besonders langlebig. Die Atomwirtschaft soll massiv ausgebaut werden. Also es gibt den Plan, dass bis Mitte der 80er-Jahre 15 Prozent aus Kernkraft, gewonnen werden sollen. Und Gas soll als alternativer Energieträger ausgebaut werden. Und dann kommt es, sozusagen in den weiteren Fortschreibungen der Energieprogramme, zu einer immer stärkeren Betonung auch von Energiesparmaßnahmen, die man verabschieden will.

Autor:

Eine weitere Lehre der westlichen Industrieländer aus der Ölkrise lautet: Wir müssen in Energiefragen besser zusammenarbeiten. Im Spätherbst 1973 konnten sich Amerikaner und Europäer nicht auf eine gemeinsame Haltung zu den Drohungen und Boykottankündigungen der Öl-Staaten einigen. Jeder ist sich selbst der Nächste.

Während die USA – trotz des Watergate-Skandals, der bereits schwelt – relativ hart bleiben gegenüber den Golf-Staaten, verzetteln sich Europas Regierungen in nationalen Interessen und Notlagen. Das kritisiert die Opposition in Bonn massiv. Hier ein Ausschnitt aus einer Rede von CSU-Chef Franz Josef Strauß:

O-Ton 23, Franz Josef Strauß:

Nach den großmauligen Erklärungen vom April dieses Jahres, haben wir gesehen, dass eine Macht, die in schwerste innere Schwierigkeiten verwickelt ist, in der Stunde der Not handlungsfähig ist, während wir uns mit Geschwätz begnügen müssen.
(Applaus blenden)

Autor:

Die arabischen Förderländer können die Welt so bis zum Weihnachtstag 1973 zappeln lassen. Erst am 25. Dezember beschließen die arabischen Ölminister in Kuwait, die Förderung im Januar nicht weiter zu verringern. Sie verkünden zugleich eine deftige Preiserhöhung. Ein Barrel Rohöl, das entspricht 159 Litern, kosten nun 11 Dollar 60; viermal so viel wie im Oktober, als der Preis bei rund drei Dollar lag. Für den Wirtschaftshistoriker Rüdiger Graf ist damit klar, wer als Gewinner aus der Ölkrise herauskommt:

O-Ton 24, Rüdiger Graf:

Bis dahin haben die multinationalen Ölkonzerne die Preise festgelegt, jetzt bestimmen das die Förderländer. Sie verstaatlichen die Ölkonzerne, und die OPEC gewinnt im Grunde die Kontrolle über den Ölpreis. Und es wurde zum ersten Mal überhaupt so, dass eine Organisation von Ländern aus dem globalen Süden es erfolgreich geschafft hat, die Länder des Nordens herauszufordern.

Musikakzent „Oil & Power“

Erzähler:

Und das hat schwerste Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft – auch in der Bundesrepublik. Die Zahl der Arbeitslosen steigt rasend schnell. Lag sie 1972 noch bei einer Viertelmillion, so sind es 1973 mehr als doppelt so viele. Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei den Firmenpleiten – sie steigen 1973 um 20 Prozent; im Jahr darauf um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr vor der Ölkrise. 1974 gibt es erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik über eine Million Arbeitslose.

Sprecherin:

Auch die Inflation steigt von fünfeneinhalb Prozent auf sieben Prozent. Die Wirtschaft dagegen bricht ein: Statt wie in den Vorjahren über vier Prozent pro Jahr zu wachsen, notieren die Statistiker für 1974 0,0 Prozent. ¹

Autor:

Im Endeffekt bedeutet dies: Die Jahrzehnte der Hochkonjunktur sind vorbei. Die Ölkrise hat das Wirtschaftswunder zum Stillstand gebracht. Hans Friderichs, der

¹) Zahlen nach: Werner Bührer „Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik; in: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-70er-80er-jahren-270/9748/wirtschaftliche-entwicklung-in-der-bundesrepublik>

liberale Bundeswirtschaftsminister, kennt die Prognosen der Konjunkturforschung und spricht in einer Radio-Ansprache Anfang Februar 1974 davon, möglicherweise beginne nun ein Verteilungskampf im Land:

O-Ton 25, Hans Friderichs:

Das ist der neue, bisher einmalige Tatbestand. Denn nach langen Jahren eines regelmäßigen Zuwachses des Bruttosozialprodukts geht es in diesem Jahre nicht um ein zusätzliches Ergebnis der gemeinsamen Arbeit, sondern es geht in Wahrheit darum, unseren erreichten Lebensstandard, die Realeinkommen und den Beschäftigungsstand abzusichern.

Autor:

Adressiert ist diese Warnung des FDP-Politikers an die Gewerkschaften. Die wiederum die Stimmung bei ihren Mitgliedern genau kennen und daher wissen: Die kleinen Leute fragen sich, warum sie die Zeche zahlen sollen für das Kräftemessen um die Macht beim Rohöl. Sie fordern: Wenn die Preise steigen, muss das bei Löhnen und Gehältern auch so sein. Heinz Kluncker, Chef der mächtigen Gewerkschaft ÖTV, in der Müllwerker, Straßenbahn- und Busfahrer organisiert sind, lässt im Februar 1974 die Muskeln spielen.

O-Ton 26, Heinz Kluncker:

Die zentrale Arbeitskampfleitung hat beschlossen, mit den Streikmaßnahmen noch heute zu beginnen. Der Streik wird jedoch zunächst – ich betone ausdrücklich zunächst! – bis Dienstag, den 12. Februar 1974, 24 Uhr, befristet.

Autor:

Kanzler Willy Brandt findet die zweistelligen Forderungen der ÖTV zwar – Zitat – „ungebührlich“. Doch schon nach drei Tagen, in denen 200.000 Beschäftigte auf den Straßen demonstrieren, gibt die Regierung nach und stimmt einer Tarif-Erhöhung von elf Prozent zu. Ein Beweis, dass die Folgen der Ölkrise noch nicht bewältigt sind.

O-Ton 27, (Musikakzent „Oil & Power“) / (blenden, unter Erzähler langsam wegziehen)

Autor:

Oberflächlich betrachtet ist die Ölkrise wirtschaftlich bald überwunden. Schon 1975 beginnt die Inflation zu sinken. Und 1976 verzeichnet die Bundesrepublik erneut über fünf Prozent Wirtschaftswachstum. Deshalb vergisst die Mehrheit der Bundesbürger die Lehren der Ölkrise rasch wieder. Die Regierung hat zwar per Gesetz zum Beispiel eine bessere Dämmung von Neubauten verfügt - und dass Kühlschränke weniger Strom verbrauchen. Doch weisen Statistiken nach: Der private Verbrauch bei Öl und Strom steigt bald wieder. Der Wirtschaftshistoriker Rüdiger Graf erklärt das Phänomen auch mit dem weiter steigenden Wohlstand.

O-Ton 28, Rüdiger Graf:

Man kann überhaupt beobachten, dass die Durchdringung mit Autos und anderen elektronischen Konsumgütern in den 70er-/80er-Jahren rasant weiter zunimmt. Sodass dann diese Einspareffekte wieder zurückgenommen werden. Ich glaube

schon: Es gibt ein neues Bewusstsein für die Notwendigkeit von Energiesparen. Aber es gibt alltäglich, in sehr vielen Bereichen, eine sehr hohe Verdrängung, was eigentlich konkrete Energiekosten sind.

Autor:

Kein Rückschritt, sondern ein Sprung nach vorne in der Energieversorgung soll der Ausbau der Atomenergie sein. Strom zu gewinnen aus der Spaltung von Uran, propagiert die Industrie schon seit einigen Jahren. Die Angst der Politik vor Energieknappheit sorgt nun für ein Programm, das gewaltig klingt: Insgesamt 40 Atomkraftwerke will die Regierung bauen lassen. Die Proteste gegen diesen Plan werden lange abgebügelt. Über Jahrzehnte hält die Politik an der Atomkraft als Energiequelle fest. Einen endgültigen Ausstieg aus dieser Technik beschließt das Bundeskabinett erst 2011. Die Freiburger Umwelthistorikerin Melanie Arndt:

O-Ton 29, Melanie Arndt:

Es gab ja schon in den 60er-Jahren die ersten wirklichen Experten, die sich eben dann auch sehr kritisch geäußert haben. Und gleichzeitig muss man natürlich auch die materielle Seite sehen. Also hat man sich einmal für so eine Infrastruktur entschieden, ist es auch extrem schwierig, sie nicht mehr fortzusetzen. Ich glaube, die Zahlen sind für '79,'78 oder so, wo man 60 Prozent in Atomenergie investiert hat – und vier Prozent in erneuerbare Energien.

Autor:

Weil Rohöl aus dem Nahen Osten so teuer wird, lohnen sich nun auch Investitionen in eigene Vorkommen. So zapfen die Europäer Gas- und Ölfelder in der Nordsee an. Die Bundesrepublik vertraut zum Beispiel zunehmend auf Russland als Energie-Lieferant. Deutsche Firmen exportieren Stahlröhren in den Osten, damit Erdgas aus Sibirien zu uns fließen kann. – Trotzdem werden die Herrscher am Persischen Golf und in Nordafrika immer reicher. Sie investieren in Industrieprojekte, Infrastruktur, Tourismus. Der Ölminister von Saudi-Arabien, Ahmed Zakhi Yamani – in der Krise von 1973 einer der weltweit wichtigsten Akteure – erkennt fünf Jahre später bereits, dass die Dollar-Milliarden aus dem Ölgeschäft nicht ewig fließen werden, und es künftig vor allem gilt, sparsamer mit Erdöl umzugehen:

O-Ton 30, Ahmed Zahki Jamani:

I think that the problem which we will face... Ich glaube, das Problem, dem wir uns in fünf oder sechs Jahren gegenübersehen werden, ist nicht der Ölpreis, sondern die Verfügbarkeit von Öl. Und deshalb haben wir unsere Anstrengungen wirklich darauf zu konzentrieren, andere Energiequellen zu finden und ebenso, bei unserem Energieverbrauch sparsam zu sein... as well as conserving our use of energy.

Autor:

Und die wahren Verlierer der Geschehnisse und Entwicklungen? Am härtesten betroffen sind auf lange Sicht vor allem die Länder der Dritten Welt. Zwar werden einige von ihnen, etwa Nigeria, Indonesien, Venezuela und Ecuador in den Jahrzehnten nach der Ölkrise auch zu Rohöl-Exportländern. Doch für die meisten der armen Staaten beginnt als Folge der höheren Ölpreise die Zeit, in der ihre Schulden rasant wachsen, sagt der Zeithistoriker Rüdiger Graf:

O-Ton 31, Rüdiger Graf:

Der Nord-Südkonflikt wird virulenter. Das ist nicht kausal auf die Ölkrise zurückzuführen – aber die Ölkrise wirkt da verschärfend, dass wir uns in einer neuen, auch globalen, wirtschaftlichen Situation befinden, wo die alten wirtschaftspolitischen Konzepte des Keynesianismus nicht mehr so funktionieren. Dass man dann neue wirtschaftspolitische Strategien sucht. Und ich glaube auch, dass das eine entscheidende Veränderung ausmacht, weshalb tatsächlich die 70er-Jahre eine wichtige Zäsur in der Entwicklung West-Europas und, wahrscheinlich, der Welt sind.

Autor:

Die Industriestaaten des Westens hingegen erholen sich nach der Ölkrise von 1973 rasch. Denn hier können die Konzerne die gestiegenen Preise wettmachen, indem sie die Produkte, die aus Erdöl entstehen, teurer verkaufen.

Abspann „Jingle SWR2 Wissen“ mit Bett:

Autor:

„Die Ölkrise 1973 – Als Energie knapp und politisch wurde“ – Autor und Sprecher: Rainer Volk. Redaktion: Sonja Striegl.

* * * * *